

# NZZ am Sonntag

## Amtshilfevertrag Schweiz-USA

### Riskanter Poker von SP und SVP

In der Wirtschaftskommission des Nationalrates liessen SP und SVP diese Woche die Muskeln spielen: Sie wollen im Juni im Parlament den Vertrag der Schweiz mit der USA zur UBS-Amtshilfe nur genehmigen, wenn ihre Forderungen erfüllt werden. Die SP verlangt ein Boni-Verbot. Die SVP will ihren Vorschlag zur Lösung des «Too-big-to-fail»-Problems durchdrücken, der die Zerschlagung der bisherigen UBS und deren Neuorganisation als Holding-Gesellschaft vorsieht. Die beiden Parteien haben im Nationalrat die Mehrheit. Nimmt man die Drohungen ernst, so sieht es für den Vertrag also schlecht aus. Und für die UBS. Und damit letztlich für die Schweiz. Denn kommt Bern den eingegangenen Verpflichtungen nicht nach, sind die USA frei, wieder härtere Massnahmen gegen die UBS zu ergreifen. Zugleich geriete die Schweiz als Land in die Schlagzeilen, das seine Verträge nicht einhält. Dass wohl die Ratifizierung des neuen Doppelbesteuerungsabkommens verzögert würde, kann auch nicht im Interesse des Landes liegen: Die Schweiz steht bei der Umsetzung des OECD-Standards zur Amtshilfe in Steuerfragen nach wie vor unter besonderer internationaler Beobachtung. Nun ist das sicher der SP und der SVP bekannt. Demnach kann es sich bei deren populistischer Kraftmeierei bloss um ein Pokerspiel handeln: Eine der beiden Parteien wird früher oder später einlenken müssen, um zusammen mit FDP und CVP dem Vertrag zu einer Mehrheit zu verhelfen. Selbst wenn ihre Forderungen nicht erfüllt sind. Die Erfahrung lässt auf die Argumenten zugänglichere SP tippen. (sbü.)

## Irak

### Verlässliche Justiz ist wichtiger als eine Wahl

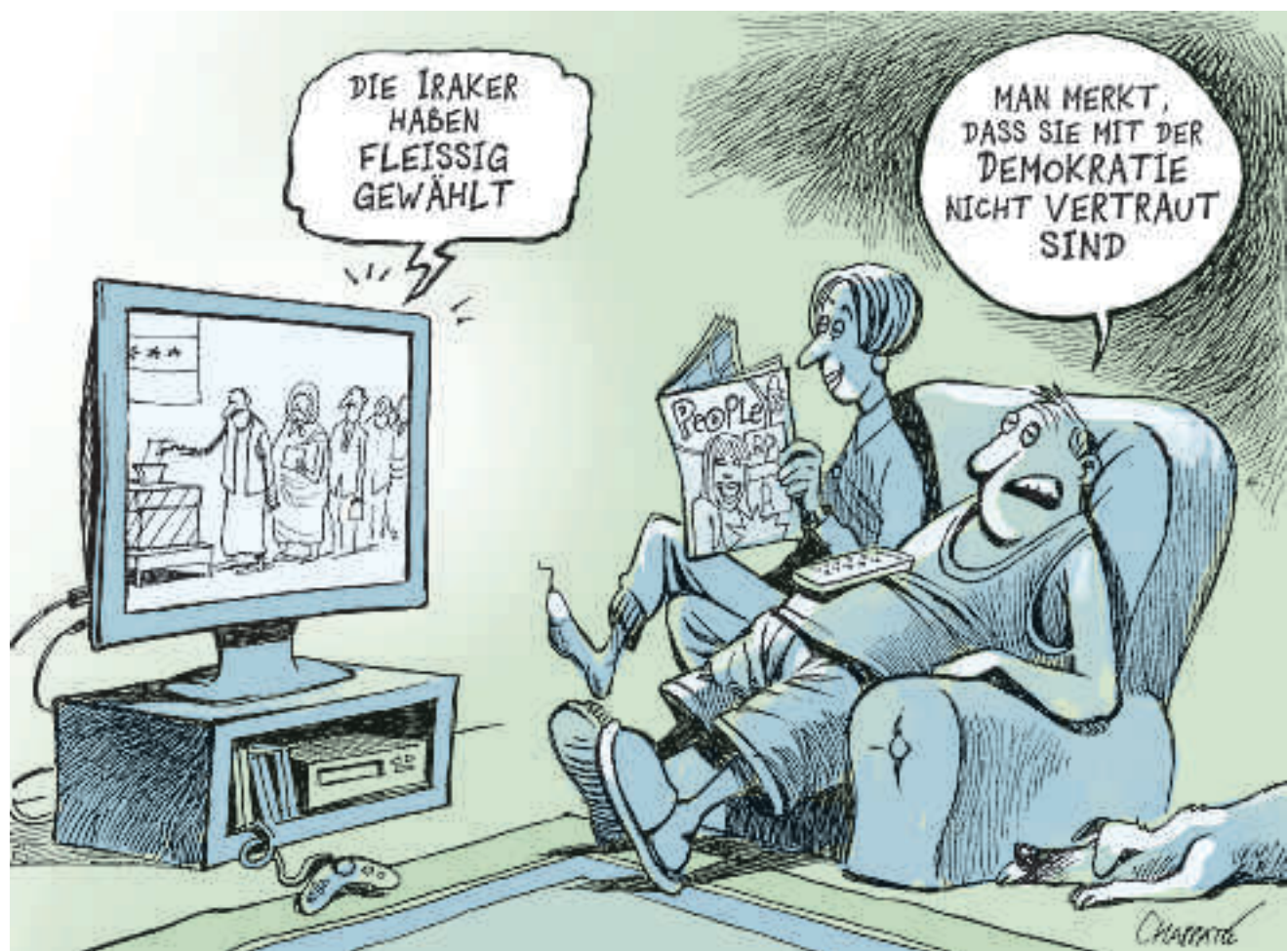
Dass am Sonntag im Irak ein neues Parlament gewählt wird, ist erst einmal ein Erfolg – auch wenn die Vorstellung manches irakischen Parlamentariers, was Demokratie sei oder wem sie nützen solle, meilenweit entfernt ist von dem, was die Amerikaner unter Mitsprache und Bürgerbeteiligung verstehen. Unregelmässigkeiten bei der Wählerregistrierung, Versuche, ethnische oder religiöse Gegner und Minderheiten zu benachteiligen, sind hässliche, aber normale Begleiterscheinungen im Demokratisierungsprozess eines Landes nach Jahrzehnten der Diktatur. Wie sehr sich der Irak zum Guten gewandelt hat, lässt sich daran ablesen, dass die Männer und die Frauen, die sich da um einen der 325 Parlamentssitze am Tigris bewerben, noch vor sieben Jahren nicht frei ihre Meinung sagen konnten. Das Recht auf Teilnahme am politischen Prozess hätten sie nicht einfordern können, ohne dafür von Saddams Schergen ins Gefängnis gesteckt zu werden. Doch leider fehlt dem Irak bis heute eine unabhängige Justiz. Gerade für die Konsolidierung einer jungen Demokratie braucht es Rechtsstaatlichkeit. Dass ein Iraker die Rückgabe seines unter Saddam konfiszierten Besitzes fordern kann, dass ihm Anwälte und Richter zuhören, ohne Bestechungsgelder zu erwarten, ist für den Bürger existenzieller als sein Recht, alle paar Jahre wählen zu dürfen. Das Vertrauen in einen Staat wird vor allem durch die Erfahrung des Bürgers auf der Polizeistation, der Behörde, im Gerichtssaal gestärkt. Die Iraker machen täglich die Erfahrung, dass sie diesem Staat besser nicht zu sehr vertrauen. (pla.)

## Euro-Spekulation

### Wetten in der Grauzone

Investoren legen Geld in Aktien oder Häusern an, weil sie auf steigende Werte hoffen. Sie verkaufen Währungen oder Weizen auf Termin, weil sie mit sinkenden Preisen rechnen: Wer Erwartungen mit Handlungen verknüpft, ist ein Spekulant. Bei Griechenland trübten sich die Aussichten, als klar wurde, wie verschuldet das Land wirklich ist. Die Finanzmärkte reagierten und verlangten zu Recht höhere Zinsen. Ganz anders sieht es aus, wenn sich Hedge-Funds und Banken versteckt absprechen – und mit einer Spekulationswelle die Märkte manipulieren, begleitet von einem hysterischen Gerede über den drohenden Untergang des Euro. Dabei steht Griechenland für bloss drei Prozent der europäischen Wirtschaft, die EU hat ein viel tieferes Haushaltsdefizit als die USA und erzielt höhere Handelsüberschüsse. Was passiert, wenn die Wetten der Geldhäuser schiefgehen? Unter allen Titeln ist zu verhindern, dass der Staat dann wieder einspringen muss. (dah.)

## Chappatte



Parlamentswahlen im Irak.

## Der externe Standpunkt

# Der Kanton Zürich lässt sich nicht weiter melken

Der Bund unterstützt die Land- und Bergkantone grosszügig, während er Stadtkantone wie Zürich auspresst. Das kann nicht gut herauskommen, meint Thomas Vogel

Ausserhalb des Kantons Zürich haben es noch nicht viele gemerkt: Die Stimmung im wirtschaftlich wichtigsten Kanton der Schweiz beginnt zu kippen. Man hat es in Zürich satt, immer mehr in den Topf des Finanzausgleichs unter den Kantonen (NFA) zahlen zu müssen, während sich der Bund je länger je mehr um nationale Aufgaben in Zürich foutiert und nicht einmal mehr beschlossene Projekte rechtzeitig und wie abgemacht bezahlen will.

Zechprellerei nennt dies das Volk. Der Kanton Zürich ist die «Milchkuh der Nation» – diese Auffassung teilt auch der Regierungsrat, der nicht dafür bekannt ist, vorschnell auf die Pauke zu hauen. Die Situation sei, schrieb dieser vor einigen Tagen in einem Protestbrief nach Bern, politisch zunehmend «schwer vermittelbar». Will heissen: Da braut sich etwas zusammen.

Die Klage aus Zürich ist kein populistisches Gejammer, und wer sie als Zeichen für die angebliche Zürcher Arroganz abtut, macht es sich zu einfach. Die Klage lässt sich mit Zahlen belegen. Zürich, Basel und Genf kommen gemeinsam für rund 75 Prozent der Finanzausgleichszahlungen der Kantone auf. Im Falle von Zürich heisst das: Der Kanton zahlte 2008 netto noch 435 Millionen Franken in den Pot ein, jetzt sind es über 550 Millionen, und bald werden es über 600 Millionen Franken sein.

Das alles ginge noch, denn diese Umverteilung zu Gunsten der weniger finanzstarken Kantone ist ein Werk der Solidarität, das auch das Zürcher Stimmvolk gutgeheissen hat. Das war keine Selbstverständlichkeit. Schwer vermittelbar ist aber, dass der Bund im NFA die finanzstärksten Unterstättung der Kernstädte dreimal schwächer alimentiert hat als jene für die geografisch-topografischen Nachteile der Bergkantone. Und dies, obwohl die Lasten der Kernstädte doppelt so gross sind wie jene der Bergregionen. Selbst das liesse sich verschmerzen, wenn der Bund seinen wichtigsten Infrastrukturaufgaben in Zürich nach-

kommen würde. Aber nicht einmal das ist der Fall.

So muss der Kanton Zürich dem Bund 500 Millionen Franken ohne Erstattung der Zinskosten von rund 60 Millionen Franken vorfinanzieren, damit dem neuen SBB-Durchgangsbahnhof in Zürich – dem wichtigsten nationalen Verkehrsprojekt nach der Neat – die Peinlichkeit eines Baustopps erspart bleibt. Grund: der Bund ist gerade knapp bei Kasse. Und bei der Ergänzung der Zürcher S-Bahn hat sich der Bund von seiner früheren 65-Prozent-Beteiligung verabschiedet und will jetzt nicht einmal mehr die in Aussicht gestellten 40 Prozent bezahlen, sondern gerade einmal noch 35 Prozent.

Dem Zürcher Kantonsrat ist deshalb der Kragen geplatzt. Er hat im Dezember beschlossen, die aus diesen beiden Projekten resultierenden Mehrkosten von 33,5 Millionen Franken von der Zahlung in den Finanzausgleichstopf abzuziehen. Das wird rechtlich kaum umsetzbar sein, ist aber ein deutliches Zeichen des Unmutes nach Bern. Es ist ein Zeichen, das der Bund und die übrigen Kantone nicht unterschätzen sollten. Denn die Folgen betreffen letztlich alle Kantone. Wenn im Verkehrsknoten Zürich nichts mehr geht, leiden

darunter nicht nur die Nachbarkantone, sondern die halbe Schweiz. Und wenn der Kanton Zürich jetzt unter anderem auch wegen der horrenden Zahlungen für den Finanzausgleich und für Bundesaufgaben das angekündigte Sparprogramm beschliessen muss, um der prognostizierten Milliardendefizite der nächsten Jahre Herr zu werden, wird er Leistungen kürzen, die auch die übrigen Kantone treffen können, etwa wenn es um Ausbildungsplätze in Zürich oder Winterthur geht.

Wenn Zürich sparen muss, werden auch all die Einnahmen stagnieren, die der Kanton zum Beispiel über die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer nach Bern abliefern. Darunter werden alle leiden, auch die heutigen grossen Finanzausgleichs-Profiteure auf dem Land und in den Bergen.

Die volkswirtschaftliche Relevanz gerade von Infrastrukturvorhaben muss stärker gewichtet werden. Wenn die volkswirtschaftlich irrelevante Umfahrung Lungern, Obwalden, eher realisiert wird als die Fertigstellung einer wertschöpfenden Autobahn im Zürcher Oberland, dann ist dies eine falsche Gewichtung. Wenn Zürich als Wachstumslokomotive des Landes geschwächt wird, wird der Wohlstand im gesamten Land betroffen sein.

Dafür gibt es leider Anzeichen: Während Zürich mehr unter der Bankenkrise leidet als andere Kantone, muss es noch bis mindestens 2013 jedes Jahr mehr in den Finanzausgleich einzahlen. Derweil haben 14 NFA-Bezückerkantone 2007 oder 2008 in der Rangliste der steuergünstigsten Kantone einen Sprung nach vorne gemacht, während Zürich um sechs Ränge zurückgefallen ist. Schadenfreude ist da ein schlechter Ratgeber. Wenn der Bund und die übrigen Kantone glauben, die gutmütige Milchkuh lasse sich weiter melken, müssen sie mit einem rechnen: Sie könnte zum störrischen Goldesel mutieren – der ausschlägt.

## Thomas Vogel



CHRISTOPH RUCKSTUHL

Thomas Vogel, 38, ist seit 2003 Mitglied des Zürcher Kantonsparlaments und seit 2008 Chef der FDP-Parlamentsfraktion. Daneben sitzt er im Vorstand der FDP des Kantons Zürich. Vogel hat Rechtswissenschaften studiert und arbeitet als Gerichtsschreiber am Bezirksgericht Zürich.